



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit in Bayern zu intensivieren.

Dabei müssen folgende Schwerpunkte gesetzt werden:

1. Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus wird von uns als eine breit angelegte Aufgabe verstanden, die nicht alleine mit Maßnahmen im Bereich von Polizei und Verfassungsschutz bewerkstelligt werden kann. Vielmehr müssen Prävention, gesellschaftlicher Zusammenhalt, kulturelles Selbstbewusstsein und natürlich stark aufgestellte Sicherheitsbehörden des Landes sowie des Bundes zusammenwirken.

Dazu fordern wir:

- Lückenlose Überwachung von Gefährdern in Bayern. Der Begriff „Gefährder“ muss hierfür juristisch bestimmt werden.
- Wer aus einem Nicht-EU-Mitgliedstaat einreist und als Asylsuchender in keinem anderen EU-Land registriert wurde, dessen Identität muss zweifelsfrei geklärt werden.
- Bayern muss die Videoüberwachung an neuralgischen Punkten mit erhöhtem Gefährdungspotenzial auf ihren technischen und strategischen Stand hin evaluieren und wo nötig erneuern bzw. ausweiten. Hierfür sind auch kommunale Sicherheitskonzepte notwendig.
- Vermeidung von Ggottobildung und Schaffung von kulturellen Kontaktpunkten. Zusammenarbeit mit Moscheen und islamischen Zentren. Ebenso wichtig ist der Zugang zu Bildung und Ausbildung.
- Schließung aller radikal-islamischer Einrichtungen und Vereinigungen sowie salafistischer Moscheen.

- Intensivierung der Maßnahmen zur Deradikalisierung bzw. Verhinderung der Radikalisierung, dort wo Radikalisierung stattfindet. Wir benötigen dafür Kommunikationsstrategien, um der Verbreitung radikaler Inhalte in sozialen Medien etwas entgegenzusetzen.

2. Rechtsextremismus

Die Gefahr durch Terror von rechts muss klar benannt und bekämpft werden. Auch Rechtsextremisten nutzen intensiv das Internet als Propaganda-, Rekrutierungs- und Organisationsmedium. Das Internet im Allgemeinen und die sozialen Medien im Besonderen müssen im Bereich der einschlägigen Szenen überprüft werden. Es muss klar sein, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist und Straftaten ausnahmslos geahndet werden. Auch in diesem Bereich ist Prävention unerlässlich. Sie kann nicht alleine durch eine Abwehrhaltung oder Ausgrenzung erfolgen. Es bedarf der Intensivierung von Gegenangeboten zum Beispiel in Form von Aussteigerprogrammen.

3. Einbruchskriminalität

Da es sich meist um reisende Tätergruppen handelt, sind eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit benachbarten Bundesländern und Staaten sowie die personelle Aufstockung der Schleierfahndung geboten. Auch dem Eigenschutz kommt eine Bedeutung zu. Wer sich selbst und seine vier Wände schützt, senkt die Gefahr Opfer von Einbrechern zu werden. Förderbarrieren müssen daher abgebaut werden. Die Aufklärung in der Bevölkerung muss weiter verstärkt werden.

4. Cybercrime

Hier steht vor allem die Qualifizierung der Polizistinnen und Polizisten im Vordergrund. Für diesen Bereich bedarf es zudem hochspezialisierter Fachkräfte, die mit der Entwicklung schritthalten. Weiterbildung muss hier zum festen Bestandteil werden. Auch die Aufstiegsmöglichkeiten für IT-Ermittler müssen verbessert werden. Zum besseren politischen Umgang mit dem Thema fordern wir die Schaffung eines Landesamts für IT-Sicherheit. Damit sollten die jetzt auf sieben Staatsministerien verteilten Kompetenzen gebündelt werden.

5. Personalaufstockung und Arbeitsbelastung

Das Wichtigste ist dabei die Stärkung der Personaldecke für mehr Polizei auf der Straße.

Dies geschieht über zwei Wege:

- Zusätzliches Personal muss eingestellt werden. Dabei muss beachtet werden, dass die neu eingestellten Polizistinnen und Polizisten zunächst drei Jahre in Ausbildung sind. Bis diese auf der Straße ankommen, bedarf es zusätzlicher Ansätze.
- Die Entlastung der Bayerischen Polizei von polizeifremden Aufgaben sowie die Einstellung von zusätzlichen Tarifbeschäftigten. Durch die dadurch gewonnene Entlastung bei administrativen Aufgaben kommen mehr Polizisten auf die Straße.

6. Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte

Mit Blick auf die zunehmende Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte unterstützen wir die Maßnahmen des Bundesjustizministers und fordern

auch für Bayern eine strikte Verfolgung und strenge Bestrafung. Ein Angriff auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte ist ein Angriff auf die öffentliche Sicherheit. Denn Polizei, Retter und Helfer werden hier nicht als Individualpersonen angegriffen, sondern als Repräsentanten der öffentlichen Ordnung und unseres großartigen Rettungswesens. Gerade die Justiz ist hier gefordert, um Tätern einer schnellen Strafe zuzuführen.

Begründung:

Die Stärkung der öffentlichen Sicherheit darf sich nicht alleine auf den Kampf gegen den Terrorismus beziehen. Sie muss alle Kriminalitätsphänomene berücksichtigen und zu deren Bekämpfung gut ausgebildetes und vor allem ausreichend Personal bereitstellen.